

Wenn die Tarifbindung immer schwächer wird, wird der Gesetzgeber immer mehr regeln müssen. Ich bin froh über alles das, was in Branchen geregelt wird und nicht vom Gesetzgeber geregelt werden muss.

(Beifall von der CDU)

Deswegen stehe ich sehr zu diesem Antrag.

Mein Ministerium wird auch einen Vorschlag für den Bundesrat machen; es betrifft ja die Bundesgesetzgebung. Aber warten Sie doch einmal ab. Bevor ich den Antrag schreibe, würde ich gerne einen möglichen Koalitionsvertrag kennen und wissen, was darin zu dem Thema steht. Es ist früh genug, wenn wir anschließend damit in den Bundesrat gehen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister Laumann hat die Redezeit der Landesregierung um 1:33 Minuten überzogen.

(Minister Karl-Josef Laumann: War aber sinnvolle Zeit!)

– Das ist keine Kritik, sondern das ist der Hinweis an die Fraktionen, dass damit zusätzliche Redezeit zur Verfügung steht. Wenn die jemand nutzen möchte, möge er/sie sich jetzt melden. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/1665 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – und zur Mitberatung an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Die abschließende Abstimmung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wenn niemand gegen diese Überweisung stimmt – das ist der Fall – und sich auch niemand enthält, haben wir einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Menschen greifbar und erlebbar machen

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1662

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Dr. Nacke das Wort.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Gründung unseres Bindestrichlandes Nordrhein-Westfalen haben die Briten vor über sieben Jahrzehnten ein spannungsreiches Gebilde aus heterogenen Regionen mit unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten geschaffen. Bis heute ist NRW eine Erfolgsgeschichte geworden, die viele Facetten umfasst und den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht scheuen muss.

Gerade wir in NRW haben ein besonderes Gespür dafür, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht einfach vorhanden ist. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Kohäsion, bedeutet eine immer neu herzustellende Errungenschaft. Ob es die Kumpel unter Tage oder die Dorfgemeinschaften auf dem Lande sind – wir sind bei allem Strukturwandel Solidaritätsexperten. Die Aufgabe besteht darin, immer wieder neu um die Identifikation mit der relativ jungen politischen Struktur in NRW zu werben. Dabei geht es aus der Perspektive der Menschen in unserem Land immer darum, sich mit etwas gemeinzumachen, eine gemeinsame Basis zu finden und zu pflegen.

Meine Damen und Herren, politisch erleben wir in dieser Zeit das Ende der Selbstverständlichkeiten. Soziologen sprechen von einer Erosion sozialer Milieus, die wir in unseren Städten und Kommunen wahrnehmen. Wir erleben in diesem Haus daran anschließend die Veränderung der Parteienlandschaft. Die Gesellschaft wandelt sich, und Politik muss darauf reagieren und diesen Wandel gestalten.

Früher war nicht alles besser, aber es ist schon sinnvoll, zu wissen, woher man kommt und auf welchen Schultern man steht, um gute, tragfähige Perspektiven und Zukunftsoptionen in den Blick zu nehmen.

Eine besondere Herausforderung der Gegenwart ist, für Verständnis zu werben und für ein Einverständnis mit den unterschiedlichen politischen Ebenen, mit deren Hilfe wir unser Leben gestalten.

Auf europäischer Ebene zeigt der sich in naher Zukunft anbahnende Brexit, wie fragil die friedensschaffende Struktur der EU ist, wie sehr sie von einer stets aktualisierten Zustimmung der Bevölkerung abhängt.

Das gilt für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen gleichermaßen. Mit Blick auf die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen benötigen wir eine gelebte Identifikation mit unserem Bundesland. Es geht um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und die Problemlösungskraft dieser föderalistischen Struktur.

Ministerpräsident Laschet hat kürzlich deutlich gemacht, dass die junge Bundesrepublik insbesondere von unserer westdeutschen Identität geprägt wurde.

Als Münsterländer darf ich die Gesellschaftsordnung des sogenannten Rheinischen Kapitalismus besonders loben, die von unserem Bundesland ausgegangen ist.

Als Christdemokrat darf ich an das Ahlener Programm meiner Partei erinnern. Das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft mit seinem Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit, mit seiner integrierenden und prosperierenden Kraft findet bei uns viele Anschauungsmöglichkeiten. Es gibt genug Gründe, auf unser Bundesland stolz zu sein.

Ich freue mich in diesem Sinne sehr über unsere gemeinsame Initiative, die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Menschen greifbar und erlebbar zu machen. Wir benötigen einen gemeinsamen Ort der Selbstreflexion unserer Landesidentität, der Landesgeschichte sinnlich begreifbar macht, der der jungen und nachwachsenden NRW-Generation und nicht zuletzt auch neu Zugewanderten unsere NRW-Identität plausibilisieren kann.

Es ist gut, wenn wir das Bewusstsein für unsere Landesgeschichte dadurch fördern, dass wir zunächst eine überparteiliche Planungsgruppe beim Landtagspräsidenten schaffen, die unter dem Titel „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ die Zusammenarbeit von Museen, Instituten und Lehrstühlen vernetzt.

Ausgehend vom 2016 eröffneten – auf Landtagspräsident Uhlenberg zurückgehend und durch seine Nachfolgerin Gödecke realisiert – Haus der nordrhein-westfälischen Parlamentsgeschichte soll mithilfe eines Kuratoriums und eines wissenschaftlichen Beirats ein Konzept für ein Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens entwickelt werden. Zugleich sollen die vielfach fragmentarisch vorliegenden Erzähl- und wissenschaftlichen Reflexionsstränge zur Landesgeschichte zusammengebracht werden.

Ich bin gespannt auf die Entwicklung und dankbar für die gemeinsame Initiative für diese Form der politischen Bildung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Nacke. – Für die SPD hat nun Herr Professor Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr als 70 Jahre nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen und im Jahr der Beendigung des Steinkohlebergbaus rückt die Geschichte des Landes

Nordrhein-Westfalen in den Fokus. Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ist neben der politischen Kultur und der politischen Symbolik ein zentraler Baustein für die Ausprägung eines Landesbewusstseins und letztlich auch einer kollektiven Identität.

Allerdings geht die Gleichung „Landesgeschichte gleich Landesbewusstsein gleich Landesidentität“ für Nordrhein-Westfalen nicht so einfach auf. Unser Land – wir haben es gerade schon gehört – ist eine Neuschöpfung der britischen Besatzungsmacht und vereint ganz unterschiedliche Teilkulturen. Wir kennen sie alle – auch aus vielen Anekdoten –: Westfalen, Teile der preußischen Rheinprovinz, Lippe, das Ruhrgebiet und eine Vielzahl weiterer regionaler und lokaler Identitäten.

(Michael Hübner [SPD]: Genau! Das Bergische Land!)

– Auch das Bergische Land.

(Michael Hübner [SPD]: Danke!)

Trotz oder gerade wegen dieser Voraussetzungen hat die Landespolitik immer wieder versucht, ein nordrhein-westfälisches Landesbewusstsein zu fördern. Insbesondere der Christdemokrat Franz Meyers und der Sozialdemokrat Johannes Rau haben als Ministerpräsidenten hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

In den letzten Jahren sind diese Bestrebungen vielfach wieder aufgegriffen worden. Historiker und Politikwissenschaftler sind inzwischen mehrheitlich der Meinung, dass Nordrhein-Westfalen heute mehr ist als ein Bindestrichland und man von einem ausgeprägten rationalen Staatsbewusstsein sprechen kann. Doch aufgrund der Fortexistenz der traditionellen regionalen und lokalen Orientierungen ist ein emotional verankertes Landesgefühl – einige sprechen auch von Heimatgefühl – kaum vorhanden, wie die wenigen empirischen Untersuchungen zeigen.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Antrag an. Die einzurichtende Planungsgruppe aus wissenschaftlichen Expertinnen und Experten soll die institutionellen Voraussetzungen schaffen, das Geschichts- und Landesbewusstsein zu fördern. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den schon vorhandenen Einrichtungen erforderlich. Es geht aber nicht darum, Doppelstrukturen zu schaffen, es geht nicht um Konkurrenz, sondern um etwas wie eine konzertierte Aktion.

Lassen Sie mich zu der Arbeit der Planungsgruppe noch drei Anmerkungen machen:

Erstens. Die Aufgaben sind vielfältig. Leider haben die Medien diese etwas auf die Errichtung eines Museums verkürzt und den Eindruck erweckt, der Spatenstich würde schon in den nächsten Tagen erfolgen. Doch es reicht nicht, einige Gegenstände in Vit-

ringen auszustellen, sondern es sind zunächst Ausstellungen und Symposien zu organisieren, wissenschaftliche Reihen herauszugeben, Interviews mit Zeitzeugen zu führen und Elemente einer modernen Museumsdidaktik zu definieren.

Eine der Aufgaben ist die Entwicklung eines Konzeptes für ein Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens als Mischung aus Forschungsinstitut und Museum.

Ich erinnere nur daran, meine Damen und Herren: In Baden-Württemberg brauchte es fünf Jahre bis zur ersten Ausstellung und weitere zehn Jahre bis zur Dauerausstellung, die dann in ein neues Haus einziehen konnte.

Zweitens. Inhaltlich sind die großen Erzählungen der nordrhein-westfälischen Geschichte multiperspektiv und, wo es notwendig ist, auch kontrovers darzustellen. Dazu gehören für mich beispielsweise der Strukturwandel, die Rolle von Unternehmen, Gewerkschaften und Mitbestimmung oder die Bedeutung von Migration und Integration für unser Land. Im Mittelpunkt sollen jedoch die Menschen mit ihren Erzählungen stehen, nicht nur die Haupt- und Staatsaktionen.

Drittens. Es handelt sich nicht nur um ein Regierungsvorhaben oder das Vorhaben einer Partei. Die Einbindung des Landtags und die Kooperation mit der Wissenschaft müssen gewährleistet sein. Die Arbeit der Planungsgruppe muss personell und finanziell langfristig abgesichert werden.

In diesem Sinne unterstützt die SPD-Fraktion das Vorhaben. Machen wir uns auf den Weg! Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Professor Bovermann. – Für die FDP hat der Abgeordnete Deutsch das Wort.

Lorenz Deutsch (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es steht Nordrhein-Westfalen sehr gut zu Gesicht, seine Geschichte zu erforschen, zu präsentieren und zu vermitteln. Das Aufkommen dieser Idee zeigt sehr gut, dass hier eine Fehlstelle in unserem Land existiert. Es ist gut, dass wir sie schließen. Die guten Gründe dafür haben meine Vorredner schon genannt; sie sind auch im Antrag ausgeführt.

Ich will mich deswegen im Rahmen dieser Aussprache darauf konzentrieren, welche Herausforderungen dieses Projekt eigentlich für uns alle bereithält. Es wird nicht mit dem Ausbau des „Houses der Parlamentsgeschichte“ getan sein. Herr Bovermann hat gerade schon Perspektiven aufgemacht, was alles

thematisch gefordert ist. Landesgeschichte ist nicht etwas einfach Gegebenes, von dem man sagt: Das stellen wir jetzt aus. – Jede Generation entwickelt ein eigenes Verhältnis zu ihrer Geschichte. Wir werden jetzt mit der Frage konfrontiert sein, welche Geschichte von Nordrhein-Westfalen wir eigentlich erzählen.

Es ist natürlich richtig, dass wir da gründlich vorarbeiten müssen. Diese Frage wird keine Planungsgruppe beantworten können. Auch ein Kuratorium wird dazu nicht in der Lage sein. Der wissenschaftliche Beirat muss genau dies organisieren – die Vernetzung mit der historischen Fachwissenschaft und mit der Gesellschaft, mit vielen Gruppen und Menschen, die diese Geschichte erlebt haben, aber natürlich auch weit über den Erlebnishorizont hinaus. Nordrhein-westfälische Geschichte beginnt ja nicht mit den Amerikanern nach dem Krieg, sondern hat sehr viele Voraussetzungen, die die Disparitäten Nordrhein-Westfalens überhaupt erst verständlich machen.

Mit der Klärung des Was treten natürlich sofort auch Fragen des Wie auf. Moderne museale Konzepte addieren eben nicht einfach Ausstellungsobjekte, sondern bieten multimediale Vermittlungsformen in thematischen Konzentrationen, die Dinge erlebbar machen. Es geht darum, Besucher zu involvieren, sie zu interessieren und in diesem Haus tatsächlich Geschichte greifbar und erlebbar zu machen, wie wir es in unseren Antrag geschrieben haben. Geschrieben ist das schnell. Umgesetzt ist es nicht so schnell.

Digitale Techniken können insbesondere bei Vorbereitung und Nachbereitung helfen. Man kann das Thema mitnehmen. Es kann auf diesen Kanälen weiter bespielt werden.

Aber natürlich braucht es auch eine lebendige Museumsdidaktik. In der Museumslandschaft hat sich sehr viel getan. Da kann man viel lernen. Best-Practice-Beispiele müssen angeschaut werden. Auch das ist im Rahmen der Vorbereitung eine Aufgabe. All das ist nicht trivial, sondern sehr herausfordernd.

Das Statistische Bundesamt hat im Dezember den „Spartenbericht Museen“ vorgelegt. Die gute Nachricht lautet: Historische und archäologische Museen haben seit dem Jahr 2000 ihre Besucherzahlen deutlich steigern können. Die schlechte Nachricht ist: Volkskunde- und Heimatmuseen haben im selben Zeitraum fast ebenso stark verloren.

Wo stellen wir uns in diesem Kontext auf? Vielleicht können wir die Trends umkehren. Sind wir mit diesen Labels überhaupt richtig aufgestellt? Welche Art von Museum oder Haus, das wir da etablieren, soll es eigentlich werden?

Uns bietet sich also eine große Chance. Lassen Sie uns das Thema des Verhältnisses von Herkunft und Zukunft und der Möglichkeiten seiner Vermittlung neu denken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. – Für die Grünen darf ich Frau Kollegin Paul das Wort erteilen.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! NRW blickt auf mehr als 70 Jahre Geschichte zurück. 2016 haben wir alle gemeinsam ein großes und auch in vielen Etappen wundervolles Fest dazu gefeiert.

Natürlich haben die meisten Menschen, die hier leben, die Anfänge dieses Bundeslandes gar nicht mehr selbst erlebt. Die meisten von uns sind jünger als 70 Jahre. Dementsprechend kennen sie die Anfänge des Bindestrichbundeslandes nicht aus eigenem Erleben.

Ich muss sagen: Ich bin geborene Niedersächsin. Bis heute überrascht es mich durchaus immer wieder, welche regionalen Besonderheiten, Konkurrenzen und Spezifika es in Nordrhein-Westfalen gibt – mit Westfalen, Rheinländern und Lippern.

(Allgemeine Heiterkeit – Monika Düker [GRÜNE]: Ich verstehe gar nicht, was du meinst!)

Gerade haben wir noch von den Menschen aus dem Bergischen Land und den Leuten aus dem Ruhrgebiet gehört.

Diese Besonderheiten und Konkurrenzen sind etwas, was unser Bundesland ausmacht. Das macht es auch für mich aus, obwohl ich da nicht so drin bin. Denn für manche Dinge muss man sicherlich hineingeboren worden sein. Als Zugezogene lerne ich aber gerne immer weiter.

Nichtsdestotrotz ist NRW mehr als Westfalen, Rheinland, OWL und all die anderen Regionen. Vor allem besteht Nordrhein-Westfalen aus seinen vielfältigen Menschen.

In allererster Linie fällt mir zu Nordrhein-Westfalen immer ein, dass wir ein Einwanderungsland sind. Migration macht einen wesentlichen Teil der Geschichte unseres Landes aus. Migration hat unser Land in wesentlichen Teilen auch zu dem gemacht, was wir heute sind. Dem muss bei der Erzählung der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen natürlich ein großer Raum eingeräumt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist auch ein Land vielfältiger Zivilgesellschaft. Auf der einen Seite gibt es das Parlament. Es ist ja schon angesprochen worden, dass mit dem „Haus der Parlamentsgeschichte“ vielleicht schon ein Grundstein vorhanden ist, um in der Erzählung der Geschichte weiterzugehen. Auf der anderen

Seite haben neben dem Parlament aber auch die sozialen Bewegungen – die Frauenbewegung, die Umweltbewegung, die Friedensbewegung, die Anti-Atomkraftbewegung – die Geschichte des Landes mitgeprägt. Auch sie müssen bei der Erzählung der Landesgeschichte natürlich einen Platz bekommen.

Wir sind daneben aber auch – natürlich; wer wüsste das in Nordrhein-Westfalen nicht? – Fußballland. Wir sind Sportland. Wir sind ein Land des Karnevals und des CSDs.

Als Münsteranerin sage ich immer sehr gerne: Wer hätte den katholischen Münsterländern zugetraut, dass die erste Schwulen- und Lesbendemo 1972 in Münster stattgefunden hat, im Schatten des Doms? Wer hätte Münster das zugetraut?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

All das sind die unterschiedlichen und bunten Facetten von Nordrhein-Westfalen und seinen vielfältigen Menschen. Ich bin der Überzeugung, dass es unser Land wert ist, in all seiner Vielfaltigkeit und in all seinen Facetten mit dieser bunten Geschichte erzählt zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir dürfen aber nicht vergessen, dass es auch eine Geschichte des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen vor 1946 bzw. vor 1945 gibt und dass auch die Frage der Erinnerungskultur und der Demokratiewerdung in die Erzählung einer nordrhein-westfälischen Landesgeschichte Eingang finden muss.

Wie Kollege Bovermann gerade schon gesagt hat, ist es in den medialen Darstellungen oft ein wenig verkürzt worden: Es gibt einen Haushaltstitel, wir setzen jetzt eine Planungsgruppe ein, und im Grunde genommen sind wir schon fertig; der Spatenstich kann vorgenommen werden, und wir verschicken bereits die Einladungen für die Einweihungsparty.

Ganz so einfach sollten wir es uns nicht machen. Es ist gut und richtig, dass wir eine Planungsgruppe einsetzen, die sich mit der Geschichte von Politik und Demokratie in Nordrhein-Westfalen in all ihren Facetten befassen soll.

Sie soll sich auch die ausreichende Zeit nehmen. Herr Löttgen hat schon gesagt: Es wäre schön, wenn es zum 75. Geburtstag so weit wäre; wenn es der 80. Geburtstag wird, ist es auch noch schön. – So würde ich das auch sehen. Es geht darum, wirklich gute, tiefgreifende Konzepte zu haben und vor allem auch die ganzen Vorarbeiten geleistet zu haben, um die facettenreiche Geschichte unseres Landes in Symposien, in Ausstellungen, in Veröffentlichungen zu erzählen.

Wenn am Ende dieses Prozesses ein „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ steht, wird das unserem Bundesland, glaube ich, gut zu Gesicht stehen. Auf diesen Prozess, auch jenseits von Spatenstich

und Einweihungsparty, freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD hat der Abgeordnete Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen der Altparteien gerieren sich auch in diesem Antrag wieder als die eigentlichen Vertreter des Landtags, wenn sie schreiben, dass – ich zitiere – „Landtag und Landesregierung ... das Geschichtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger ... fördern“ wollen. Zum Landtag gehört aber auch die Fraktion der AfD, die von Ihnen einfach ausgeschlossen wird – wie immer seit Sommer 2017.

Sie schreiben, dass Sie die Förderung des historischen Bewusstseins – Zitat – „parteipolitisch neutral“ gestalten wollen und dass Sie offen für kontroverse Deutungen und Diskussionen sein wollen. Und natürlich darf auch der Begriff „Vielfalt“ nicht fehlen.

Sie merken offensichtlich nicht, dass Ihr Ausgrenzungsverhalten dem diametral entgegensteht. Ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu Selbstreflexion und Selbstkritik ist offensichtlich wenig ausgebildet.

Wenn ich das jetzt so konstatieren muss, dann ahne ich Schlimmes für die Konzeption des Hauses der Geschichte.

(Beifall von der AfD)

Sie werden im „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ neben vielem anderen auch die politische und parlamentarische Arbeit darstellen. Welchen Platz haben Sie dann der AfD zugedacht? Haben Sie vielleicht schon einen Abstellraum oder Kellerraum eingeplant, in dem man die Verachtung, die einige von Ihnen uns entgegenbringen, dann noch einmal manifest darstellen kann?

Oder vollkommen anders: Wir erhalten einen zentralen Platz in Ihrer Heldenecke, wo Sie den nachfolgenden Generationen Ihren heldenhaften Kampf gegen die von Ihnen als Neonazis beschimpften AfD-Abgeordneten präsentieren können. Werden die Bürger in dieser Heldenecke dann erfahren, dass Sie für die AfD bislang immer geltende parlamentarische Regeln außer Kraft gesetzt haben und ihr den Posten eines Vizepräsidenten verweigert haben, während Sie sonst immer wieder auf die ewig geltenden parlamentarischen Regeln verweisen?

Wird man dort Bilder sehen, wie Sie Arm in Arm mit den Gewalttätern der Antifanten über die Straßen ziehen und den Hassgesängen der neuen Sturmabteilungen gegen die AfD lauschen?

Werden meine Kinder und meine Enkel vielleicht einmal in das Haus der Geschichte kommen und erfahren müssen, dass ihr Vater von Minister Stamp zur Gruppe derjenigen gezählt wurde, die – Zitat – „aus der Gosse kommen und geifern“?

Wie würden Sie, Herr Minister Stamp, meinen Kindern und Enkeln erklären wollen, dass ihr Vater, der für sie ein Leben lang gesorgt und sie mit seiner väterlichen Fürsorge und Liebe begleitet hat, doch nur jemand war, der aus der Gosse kommt, also ein verachtenswerter Mensch?

Was ist das für ein Mensch, der andere Menschen so herabwürdigen muss, um eine innere Befriedigung zu fühlen?

(Beifall von der AfD)

Dabei sollten Sie selbst ganz demütig sein. Denn Sie gehören mit der FDP einer Partei an, die Anfang der 50er-Jahre beinahe von Altnazis übernommen worden wäre, wenn der britische Geheimdienst nicht dazwischengegangen wäre.

Wenn man sich die Nachwuchshoffnung der FDP, Herrn Höne, anhört, der uns als – Zitat – „getroffene Hunde“ bezeichnet, könnte man glauben, er habe sich für seine Rede im Archiv der FDP bedient.

(Beifall von der AfD – Henning Höne [FDP]:
Getroffene Hunde bellen!)

Viele von Ihnen werden allenthalben nicht müde, die aufrechten Demokraten der AfD als Nazis zu bezeichnen, während Sie selbst alle Bemühungen, das unleugbare braune Erbe in Ihren Reihen in Nordrhein-Westfalen aufzuklären, bewusst hintertrieben haben. Ich erinnere nur an zwei Beschlüsse des Landtagspräsidiums aus den Jahren 2011 und 2012.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Herr Höne, Sie sind noch jung. Hören Sie einfach zu.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Unter dem Eindruck von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen über eine erschreckend große Zahl von Altnazis in den Reihen der CDU und der FDP in Führungspositionen bis in die 70er-Jahre hinein entschlossen sich im Jahr 2011 die Mitglieder des Landtagspräsidiums, ein Projekt mit dem Titel „Personal des demokratischen Neuanfangs: Die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 1954“ in Auftrag zu geben.

Nach der Neuwahl des Landtags im Jahr 2012, als die Linke ausgeschieden war, fassten alle ach so demokratischen antragstellenden Fraktionen in der Sitzung des Präsidiums am 4. September 2012 den Beschluss, das bis dahin nie in die Tat umgesetzte Forschungsprojekt, natürlich nur – ich zitiere – „aus Kostengründen“, fallen zu lassen.

So sieht also Ihre Glaubwürdigkeit im Umgang mit der geschichtlichen Vergangenheit aus. Die AfD-Abgeordneten werden grundlos mit Schmähungen überzogen und diffamiert und damit als unbequeme Kritiker mundtot gemacht. Aber die eigenen schweren Sünden werden still und heimlich unter den Teppich gekehrt.

(Beifall von der AfD)

Ich brauche nicht weiter auszuführen, dass wir mit Ihnen leider – leider Gottes; ich bedaure das zutiefst – keine Basis einer glaubwürdigen Zusammenarbeit sehen. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Aber lassen Sie mich noch einen Satz sagen, wenn ich das noch darf, Herr Landtagspräsident. Ich glaube, dass Sie dieses Verhalten langsam abstellen müssen. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Das sage ich jetzt nicht als AfD-Abgeordneter, der das irgendwie nicht mehr ertragen kann. Ich sage Ihnen wirklich aus vollem Ernst als Bürger dieses Landes: Dieses Verhalten zerstört die Grundlagen der Demokratie.

Wir können uns gerne anhören, dass unsere Anträge nicht in Ordnung sind und dass sie handwerklich nicht gut sind.

Aber uns ständig in Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und „völkisch“ zu bringen, zerstört die Grundlage der Diskussion. Ich appelliere an Sie als ein Mann, der in der Schule Aufklärungsarbeit geleistet hat: Lassen Sie das sein!

(Zuruf von der SPD)

Es gibt historische Beispiele, bei denen das schiefgegangen ist. Ich appelliere an Ihre Vernunft. Ich appelliere an alle diejenigen, die hier sitzen und ernsthaft gute Arbeit leisten wollen: Denken Sie um. Kommen Sie zur Besinnung, und lassen Sie uns hier gemeinsam demokratisch streiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD)

Präsident André Kuper: Für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In absehbarer Zeit wird es für viele wichtige Ereignisse der Geschichte Nordrhein-Westfalens keine Zeitzeugen mehr geben. Es wird keine Person mehr geben, die sich noch aus eigenem Erleben an die Landesgründung erinnert. Daher ist es an der Zeit, die Idee des damaligen Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg aufzugreifen und einen Ort einzurichten, der die Geschichte des Landes wissenschaftlich aufbereitet und für die Menschen erlebbar macht.

Mit dem „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ will der Landtag heute in einem breiten parlamentarischen Bündnis eine solche Einrichtung auf den Weg bringen. Ich versichere Ihnen, dass das Vorhaben natürlich auch die volle Unterstützung der Landesregierung hat.

Es wird Sache der neuen Planungsgruppe sein, Fragen der Landesgeschichte und der Landesidentität aufzuarbeiten und die konzeptionellen Grundlagen für das neue „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ zu entwickeln.

Ich begrüße außerordentlich, dass diesem Gremium aufgegeben werden soll, sich dafür intensiv mit der Wissenschaft sowie einschlägigen Institutionen im Lande und natürlich auch Museen auszutauschen. Hier ist sicherlich auch das Landesarchiv von besonderer Bedeutung.

Inhaltlich wird sich die Planungsgruppe sicher mit vielen für die Landesgeschichte prägenden Themen und Entwicklungen beschäftigen. Hier wurde schon mehrfach erwähnt, dass es dazu sicherlich einer breiten wissenschaftlichen Diskussion bedarf.

Beispielsweise sind zu erwähnen: die Gründung des Landes und die Entwicklung des politischen Systems in Nordrhein-Westfalen, die wirtschaftliche Entwicklung von der Hochphase der Montanindustrie bis zur Entstehung neuer Wirtschaftszweige im Zuge des Strukturwandels, die Prägung Nordrhein-Westfalens durch Zuwanderung und besonders deren Beitrag zur Entwicklung des Landes sowie der Ausbau der Bildungslandschaft unter anderem durch zahlreiche Hochschulgründungen.

Noch nicht genannt wurde hier die Profilierung Nordrhein-Westfalens als Kulturregion. Es wird Sie nicht wundern, dass ich diesen Punkt anführe. Denken Sie an die Gründung der großen Kunstsammlung des Landes, die Ruhrfestspiele mit ihrer sehr spezifischen Geschichte oder auch den Beitrag der Kunstakademie Düsseldorf, die weit über die Landesgrenzen hinaus von großer Bedeutung ist.

Ein „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ mit dem Anspruch, das Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zu fördern, sollte aber nicht nur durch ein Fachgremium entwickelt werden. Ich rege deshalb an, auch Verbände und Gruppen wie beispielsweise die der Bergleute im Ruhrgebiet – um einen aktuellen Anlass aufzugreifen – anzusprechen, um das Lebensgefühl der Menschen in den jeweiligen Zeiträumen angemessen abzubilden.

Ich wünsche dieser Gruppe viel Erfolg.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind damit am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/1662.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, dass dieser Antrag mit der gerade festgestellten Mehrheit angenommen worden ist.

Ich rufe auf:

8 Landesregierung darf Bürgen von syrischen Geflüchteten finanziell nicht im Regen stehen lassen – zügig einen Hilfsfonds auflegen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1668

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellenden Grünen Frau Aymaz das Wort.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Sie alle können sich sicherlich noch erinnern: In den Jahren 2013 und 2014 stieg die Zahl der Geflüchteten aufgrund des Krieges in Syrien massiv an. 7,6 Millionen Syrer waren Binnenvertriebene, und knapp 4 Millionen Syrer suchten Schutz in den Nachbarländern.

Zur Milderung dieser humanitären Krise in Syrien, aber auch in der gesamten Region entschied der Bundesminister des Inneren im März 2013 gemeinsam mit seinen Länderkollegen, syrische Flüchtlinge vorübergehend in Deutschland aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Land NRW seiner humanitären Verpflichtung nachgekommen und hat in dieser Zeit ein Landesaufnahmeprogramm aufgelegt, das syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen eine sichere Einreise nach Deutschland ermöglicht hat. So konnte übrigens auch gewährleistet werden, dass Menschen nicht kriminellen Schlepperbanden oder der lebensbedrohlichen Fluchtroute über das Mittelmeer überlassen waren.

(Beifall von den GRÜNEN)

In dieser Not haben Menschen damals ihren Verwandten geholfen und sich bereit erklärt, im Rahmen einer Verpflichtungserklärung mit ihrem Einkommen und Vermögen für sie zu bürgen, um sie vor Krieg und Vertreibung zu retten.

Nach Auskunft des Integrationsministers konnten dann tatsächlich rund 2.600 Personen auf dieser Grundlage nach NRW einreisen.

Die Verpflichtungsgeber haben in einer schwierigen Zeit Solidarität bewiesen. Sie haben die immense gesellschaftliche Herausforderung angenommen und mit dafür gesorgt, dass die Folgen einer humanitären Katastrophe gemildert werden konnten. Sie sind nicht nur finanziell eingesprungen. In vielen Fällen haben sie auch den Alltag der Geflüchteten begleitet, sie an unsere Gesellschaft herangeführt und ihnen den Weg in Sprachkurse oder Ausbildung und Arbeit erleichtert.

Diejenigen, die für ihre Angehörigen eine Verpflichtungserklärung abgegeben haben, gingen dabei – wie übrigens auch das damalige Innenministerium – immer davon aus, dass ihre Haftung als Verpflichtungsgeber durch eine Anerkennung der Flüchtlinge im Rahmen eines Asylverfahrens enden würde.

Die Jobcenter treten aber nun mit zum Teil hohen Rückforderungen an die Verpflichtungsgeber heran und berufen sich dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Januar 2017, wonach diese auch dann weiterhin der Verantwortung stehen, wenn Asyl bewilligt wurde.

Wie Sie sicherlich alle schon mitbekommen haben, haben in zwei Fällen auch Bürgen aus NRW gegen diese Erstattungsforderung geklagt, allerdings ohne Erfolg vor dem OVG Münster. Somit sind Bürginnen und Bürgen in NRW von Rückzahlungsforderungen der Sozialleistungsträger betroffen und von finanziellen Härten bedroht.

Für uns Grüne, meine Damen und Herren, ist es ein besonders Anliegen, dass diejenigen, die in schwierigen Zeiten aus humanitärer Überzeugung anderen Menschen zur Seite gestanden haben, mit dieser Verantwortung nun nicht alleine gelassen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was wäre es für ein Zeichen, wenn gerade diese Menschen auf hohen Kosten, die gravierende Einschnitte in die eigene wirtschaftliche Existenz bedeuten können, sitzen gelassen würden? Ich finde, das wäre eine Bankrotterklärung an unsere Gesellschaft, die von Menschlichkeit und Solidarität zusammengehalten wird.

Deshalb muss das Land NRW jetzt sicherstellen, dass diese Menschen für ihre Haltung nicht bestraft werden.

Ich begrüße es, dass Sie, Herr Minister Stamp, diese Problematik sehr schnell erkannt haben und sich an die ehemalige Bundesarbeitsministerin Nahles mit einem Brief gewandt haben. Das ist schon einmal ein guter Ansatz. Auch heute werden Sie ja zu dieser Problematik zitiert.